

Unser Geldsystem XXVII: Das Papiergeld, wirtschaftliche Entwicklung und die Regulierung des Finanzsektors

Von Heiner Flassbeck | 09.10.2014 (editiert am 25.05.2016)

Es ist höchste Zeit, in unserer Serie über das Geld zu unserer eigenen Position zu kommen und sie zur Diskussion zu stellen. Wie man schon in den bisherigen Teilen gesehen hat, passen wir in keines der gebräuchlichen Schemata, weil unsere Auffassung davon, wie eine Geldwirtschaft funktioniert, an zentralen Punkten von den am meisten verbreiteten Vorstellungen abweicht. Natürlich gibt es auch Schnittmengen mit den schon vorhandenen Theorien, aber es gibt kein zusammenhängendes und in unseren Augen konsistentes Modell, mit dem wir uns vollständig identifizieren können.

Das liegt sicher auch daran, dass wir für eine Erklärung der dynamischen Abläufe in einer Geldwirtschaft nicht formale Eleganz der Lösung anstreben, sondern ein möglichst umfassendes Verständnis des Prozesses, der unser tägliches Leben in einem Maße bestimmt, das wir uns gar nicht ausmalen können. Dieser Prozess, das heißt, die Interaktion von ganz vielen Menschen, die unter hoher Unsicherheit in einem zeitlich und räumlich offenen Netzwerk miteinander verbunden sind, ist nicht mit einfachen und jederzeit gültigen Formeln zu fassen. Wir kennen einige Leitplanken und einige Signale, die versuchen, den Strom der Entwicklung zu leiten. Wir kennen auch einige innere Zusammenhänge, die dem Strom seine Geschwindigkeit und seine Dichte geben. Wir wissen aber nicht, wie viele und welche äußeren Einflüsse zum Tragen kommen, und wir können auch nicht vorhersehen, wie sich die Menschen in kritischen und ungewohnten Situationen verhalten.

Das alles mahnt zur Bescheidenheit. Eine Volkswirtschaftslehre, die versucht, die Fehler der überkommenen statischen Denkweise, also der Denkweise in Gleichgewichten und ihnen zuzuordnenden Ungleichgewichten, radikal abzulegen, muss bruchstückhaft bleiben. Umso wichtiger ist es aber, die Bausteine, die aus logischen und aus empirischen Gründen unabdingbar sind, fest in das Denkgelände zu integrieren, weil nur sie ihm die notwendige Festigkeit geben können, die es in verantwortbarer Weise erlaubt, wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen zu ziehen. Zu den logischen Bausteinen gehört vor allem das Verständnis dafür, welche Theoreme nur auf der Mikro- und welche auch auf der Makroebene Gültigkeit haben. Zu den empirischen gehört in unserem Gebäude beispielsweise an zentraler Stelle der Zusammenhang zwischen Lohnstückkosten und Preisen, der von weiten Teilen

der herrschenden Theorien einfach ignoriert wird.

Auch Geld spielt in unserer Theorie eine zentrale Rolle. Aber auch diese Rolle lässt sich nicht leicht fassen. Viele Menschen – und ein Großteil aller Ökonomen – sind fest davon überzeugt, dass die Marktwirtschaft ein wunderbar sich selbst regulierendes System ist, bei dem staatliche Eingriffe zumeist schädlich sind. Und das, glauben sie, gilt ganz besonders beim Geld. Dass es der Staat ist, der seit einigen Jahrzehnten mit Hilfe von Notenbanken Papiergeld produziert, wird gerade noch hingenommen. Man träumt aber davon, dass die Produktion dieses Geldes und seine Verteilung der Herrschaft ganz strenger Regeln unterworfen werden könnte, wodurch der Einfluss des Staates auf das von ihm geschaffene Geld ganz klein bleiben könnte. Wären die Notenbanken nur unabhängig von der Politik und strikt nur dem Ziel verpflichtet, den Geldwert jederzeit stabil zu halten, sei der Schaden zu begrenzen. Das halten wir für fundamental falsch.

Alle „guten“ Ökonomen würden den Glauben an unabhängige Notenbanken auch ergänzen mit dem Glauben, dass das Papiergeld zwar eine ganz nützliche Erfindung sei, aber im Grunde mit dem Erfolg der Marktwirtschaft als solcher nicht viel zu tun habe. Die Marktwirtschaft, würden sie argumentieren, bräuchte tüchtige Unternehmer und flexible Märkte, während das Geld höchstens wie das Öl im Motor ein notwendiges Schmiermittel sei. Auch das ist sehr hinterfragungswürdig.

Erstaunlicherweise (oder eben nicht) hat gerade der Ökonom, der die einzig überzeugende Theorie über marktwirtschaftliche und unternehmerische Dynamik vorgelegt hat, nämlich Joseph Schumpeter, das ganz anders gesehen. Für ihn waren „Die Rechenpfennige“ und die Geldschöpfung durch das Bankensystem ein ganz wesentlicher Bestandteil des marktwirtschaftlichen Erfolges in Sachen Investition und Innovation und nicht nur ein Nebenaspekt. Schumpeter hat klar gesehen, dass nur die „künstliche“ Geldschöpfung der Marktwirtschaft erlaubt, sich zu entwickeln und unternehmerische Erfolge zu ermöglichen, und er verwendete viele Seiten seines entscheidenden Buches (Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung) darauf, die Auffassungen der „Geldfeinde“ (also derer, die glauben, das „Geld, das armselige Umlaufmittel“, könne keine Werte schaffen oder „gar Güter erzeugen“) zu widerlegen.

Um das zu verstehen, muss man sich noch einmal kurz vor Augen halten, wie unvollkommen und krisenanfällig der Prozess von Sparen und Investieren wäre, gäbe es kein „Geld aus dem Nichts“, Geld, allein geschaffen von der Zentralbank oder dem Bankensystem. Der Akt des Sparens, der Versuch also, von einem erzielten Einkommen einen Teil zurückzulegen, um ihn später zu konsumieren, ist nämlich nicht, wie die meisten Ökonomen noch immer fest glauben, die Krönung der marktwirtschaftlichen Dynamik, weil sie dem investitionswilligen Unternehmer die Mittel zur Verfügung stellt, mit denen er die Entwicklung vorantreibt. Im Gegenteil, das Sparen ist potenziell die größte Störungsquelle des marktwirtschaftlichen Systems!

Gespart werden kann ja immer nur – wie wir in dieser Serie mehrfach gezeigt haben – aus Einkommen, das in der Vergangenheit erzielt wurde, und zwar mit Hilfe von Produktionskapazitäten, die genau dieses Einkommen, nicht mehr und nicht weniger, hergaben. Entscheiden sich jetzt die Arbeiter- und Unternehmerhaushalte, von diesem erzielten Einkommen 10 oder 15 Prozent nicht wieder auszugeben, können die *vorhandenen* Kapazitäten nicht mehr so gut ausgelastet werden wie zuvor,

und der Anreiz der Unternehmer, erneut zu investieren (und zwar netto, also nicht nur zu Ersatzzwecken wegen Verschleißes), sinkt. Aber selbst wenn der Staat, die Unternehmer (nämlich für Ersatzinvestitionen) und das Ausland sämtliche Ersparnisse als Kredite bei den Banken nachfragen, also neue Schulden in Höhe der Ersparnisse aufnehmen und das aufgenommene Geld vollständig für Konsum und/oder Investitionen ausgeben, werden die vorhandenen Kapazitäten gerade nur so viel ausgelastet wie in der Vorperiode.

Etwas Neues, Zusätzliches kann so nicht entstehen, weil dazu weder der ökonomische Anreiz noch die finanziellen Mittel (vorausgesetzt es findet keine Geldschöpfung statt) vorhanden sind. Im besten Fall, im Fall einer Neuverschuldungsbereitschaft des Staates und der Unternehmen im In- und Ausland in Höhe der privaten Sparvorhaben, verharrt die Wirtschaft daher in einem stationären Zustand. Aber dieser Fall ist obendrein äußerst unwahrscheinlich. Denn die Unternehmer werden auch bei hoher Neuverschuldungsbereitschaft des Staates und des Auslandes ihre eigene Neuverschuldung nicht erhöhen wollen, wenn sie dauernd feststellen, dass sie die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten nicht erhöhen können oder sogar Sorge haben müssen, die bisherige Kapazitätsauslastung erhalten zu können. Fallen, wie derzeit im Euroland, der Staat und das Ausland als Schuldner aus, führt mehr Sparen der privaten und öffentlichen Haushalte direkt in eine tiefe Krise, die von der Privatwirtschaft niemals aufgehalten werden kann.

Diese inhärente Tendenz eines marktwirtschaftlichen Systems, sich selbst zu strangulieren, kann allerdings in einer Papiergeldwirtschaft mit geeigneter Geldpolitik prinzipiell überwunden werden. Wird Geld aus dem Nichts zu geringen Zinsen zur Verfügung gestellt, können damit Güter zu Investitionszwecken selbst dann gekauft werden, wenn die Ersparnisse der Vorperiode vollständig ausgeschöpft worden sind. Gesamtwirtschaftliches Wachstum kommt dabei aber nur unter zwei Bedingungen zustande: Erstens, die retardierenden Effekte des bereits vorhandenen Kapitalstocks dürfen nicht zu stark sein (das Ausschöpfen der erwünschten Ersparnisse sollte also möglichst vollständig sein) oder die anregenden Effekte der neuen Investitionen müssen so stark sein, dass sie den Auslastungsbremsklotz der Ersparnisse überkompensieren. Zweitens, die Investitionen, die mit dem neu geschaffenen Geld finanziert werden, müssen potenziell Ertrag bringend für die Gesamtwirtschaft sein. Beide Problembereiche erfordern aktive Wirtschaftspolitik und zwar eine Politik, die weit über die deutsche Minimalvorstellung von „Ordnungspolitik“ hinausgeht.

Der erste Punkt betrifft die konjunkturelle Dynamik, die vom Staat und der Geldpolitik nicht ignoriert oder vernachlässigt werden darf. Die berühmte „Transmission geldpolitischer Impulse“ ebenso wie die Wirksamkeit der Fiskalpolitik sind vor allem abhängig von den Einkommenserwartungen der privaten Haushalte und der Unternehmen und deren Ausgabeverhalten. Weder darf die Zentralbank in einer falschen Fixierung auf das Inflationsziel ihre Rolle bei der Anregung der neuen Investitionen aus dem Auge verlieren, noch darf der Staat seine Verschuldungsstrategie unabhängig von der Verschuldungsmöglichkeit bzw. den Verschuldungswünschen der anderen Sektoren festlegen. Die Schuldenbremse im Grundgesetz ist genau das Gegenteil des Richtigen.

Der zweite Punkt betrifft die Regulierung der Finanzmärkte. Finanzmärkte haben die Aufgabe, die Zentralbank in der Finanzierung der Investitionen in neue Produktionsanlagen und innovative Verfahren zu unterstützen. Sonst nichts! Ein Bankensektor, der zum scheinbaren Selbstläufer geworden

ist und sich überwiegend in Kasinoaktivitäten ergeht, ist nicht nur nutzlos, er richtet Schaden an. Er verzerrt gesamtwirtschaftlich wichtige Preise wie Wechselkurse, Rohstoffpreise und Zinsen für Staatsanleihen und behindert direkt die Kreditvergabe an potenzielle Sachinvestoren. Hier hat zum einen die Zentralbank die Aufgabe, durch direkte Intervention in den Kasinos lenkend einzugreifen und den Teilnehmern an diesen Kasinoaktivitäten systematisch Verluste zuzufügen, um sie abzuschrecken. Wichtiger aber noch ist, dass der Staat und die Staatengemeinschaft diese Aktivitäten ordnungspolitisch (und notfalls durch gezielte Markteingriffe) unterbinden oder doch so weit einschränken, dass Preisverzerrungen und die Krisenanfälligkeit des Systems aufgrund von Herdenverhalten und Spielsucht gegen Null gefahren werden.

Wie genau die Rollenverteilung in der Wirtschaftspolitik aussehen muss, um den Balanceakt zwischen ausreichender Stimulierung und ausreichender Stabilität erfolgreich hinzubekommen, dazu mehr in den nächsten Wochen.

Über den Autor



Heiner Flassbeck ist Honorarprofessor an der Universität Hamburg, war Chef-Volkswirt der UNCTAD und Staatssekretär im BMF. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die Globalisierung, die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung und Geld- und Währungstheorie.

Veröffentlicht am: 09.10.2014 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2014/10/abo-artikel-unser-geldsystem-xxvii-das-papiergeld-wirtschaftliche-entwicklung-und-die-regulierung-des-finanzsektors/>